

Wenn Tränengas ins Schulzimmer weht

Palästina Im Gazastreifen leiden 300 000 Schüler unter dem Nahostkonflikt. Zu Besuch an einem Ort der Hoffnung

VON JAN DIRK HEBERMANN, GAZA-STADT

Das Vibrieren in der Luft wird immer stärker, es füllt den ganzen Hof vor dem Schulgebäude. «Das sind israelische Militärdrohnen», ruft Jamil Hamad aufgeregt. Seine Augen suchen den Himmel über dem Gazastreifen ab. Der Direktor des Gaza Training Centres, einer Berufsschule in Gaza-Stadt, zeigt auf den Rand des weitläufigen Schulgeländes. «Dort schlug während des letzten Krieges im Jahr 2014 ein Geschoss ein.» Bei dem israelischen Angriff wurden mehrere Schüler getötet und verletzt. Während Hamad zu einer Elektrowerkstatt für Lehrlinge eilt, sagt er mit ernster Miene. «Unsere Schüler und wir Lehrer fürchten, dass ein neuer Krieg ausbricht. Wir wollen Frieden.» Die Drohne am Himmel über ihm entfernt sich langsam, das Vibrieren wird schwächer.

Der Nahe Osten im Dezember 2017: US-Präsident Donald Trump hat Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt. Seitdem, so warnt der Schweizer Pierre Krähenbühl, Chef des UN-Hilfswerkes für die Palästinenser, seien die Spannungen im Nahen Osten wieder gestiegen. Mit anderen Worten: Die Gefahr eines neuen bewaffneten Konflikts zwischen Palästinensern und Israelis wird grösser. Beide Seiten haben sich seit Trumps Ankündigung wieder beschossen.

Schweizer Hilfe vor Ort

Angesichts der Bedrohung gelobt Krähenbühl gegenüber den palästinensischen Flüchtlingen im Gazastreifen und im Westjordanland: «Das Hilfswerk UNRWA ist fest entschlossen ihre Rechte zu schützen und sie zu versorgen.» Sein Versprechen gilt vor allem für den Betrieb der Schulen im Gazastreifen und im Westjordanland - eine der Hauptaufgaben des von Israel oft kritisierten «Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge» (UNRWA). Das 1949 gegründete Hilfswerk unterhält in den Palästinensergebieten gut 350 Bildungseinrichtungen, die von knapp 300 000 Schülern besucht werden. Das Hilfswerk garantiert das Überleben des Schulsystems im permanenten Ausnahmezustand. Ohne UNRWA hätten Generationen von Mädchen in



Mathematik-Unterricht im Gaza-Streifen: Dank UNO erhalten Kinder trotz Konflikt eine gute Bildung. IBRAHEEM ABU MUSTAFA/REUTERS

den betroffenen Gebieten und Jungen keine Chance auf Bildung gehabt.

Und das Hilfswerk bietet den Kindern Orte der Zuflucht in der Krisenregion - zum Beispiel die Mädchenschule im Flüchtlingslager Schufat in der Nähe von Jerusalem. Die Tür zu einem der kargen Klassenräume öffnet sich, zwei Dutzend Mädchen strömen hinein. Gekleidet sind sie in blau-weiße Schuluniformen, die älteren von ihnen tragen Kopftuch. Sie tuscheln. Sie lachen. Mit Eifer erzählen die acht- bis fünfzehnjährigen Schülerinnen von ihren beruflichen Träumen. Razan will Fotografin werden, Aya möchte als Ärztin später einmal Menschen helfen, Nihad stellt sich ihre Zukunft als Übersetzerin vor und Rania hat den Plan, als Anwältin ihren Klienten beizustehen.

Doch die harsche Realität des Nahostkonflikts holt die Schüler und ihre

Lehrer immer wieder ein, sogar in den vermeintlich sicheren Häfen ihrer Klassenzimmer. In den vergangenen Jahren musste das mehrstöckige Gebäude mehrmals evakuiert werden. Israeli Sicherheitskräfte hätten im Flüchtlingslager Razzien gegen mögliche Extremisten durchgeführt, berichten die palästinensischen Lehrer der Schule. Dabei hätten die Israelis Tränengas eingesetzt, das bis hinüber auf das Schulgelände wehte.

Kritik am Unterrichtsmaterial

«Sie verletzen unser Recht auf Bewegung», sagt eine der Schülerin. «Sie verletzen unser Recht auf Sicherheit», sagt eine andere. Und eine Dritte betont: «Sie verletzen unser Recht auf Frieden.» Wenn die jungen Palästinenserinnen von «sie» und von «ihnen» sprechen, dann meinen sie die Israelis.

Und «sie», die Israelis, betrachten die Schulen des UN-Hilfswerks mit gemischten Gefühlen. Zwar müssen Vertreter der Regierung in Jerusalem einräumen, dass die Einrichtungen den Kindern im Gazastreifen und im Westjordanland eine umfangreiche Bildung andeihen lassen. Aber in den Klassenzimmern werde mit Karten unterrichtet, auf denen der Staat Israel überhaupt nicht erscheine. Die Lehrer übertreiben Gewalt und Hass, so der Vorwurf der Israelis. Das UN-Hilfswerk weist die Vorwürfe regelmässig zurück, der Unterricht erfolge gemäss dem Curriculum der palästinensischen Behörden.

Mittendrin in dem Streit stehen die palästinensischen Kinder. Eine Schülerin im Klassenraum der Mädchenschule Schufat sagt nur: «Gott ist mit uns und Gott wird uns schützen.»

USA UNTER DRUCK

UNO verurteilt Jerusalem-Entscheid

Die US-Regierung soll nach einem Beschluss der UNO-Vollversammlung die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt zurücknehmen. Die entsprechende nichtbindende Resolution haben die UNO-Mitglieder am Donnerstag in New York grossmehreheitlich angenommen. 128 der 193 Länder stimmten für das zweiseitige Papier. Neun Länder, darunter die USA, Israel und vier Inselstaaten, stimmten dagegen. 35 Länder enthielten sich. Ein Veto-Recht gibt es im UNO-Plenum anders als im Sicherheitsrat nicht, jeder der 193 Staaten hat eine Stimme. Die Resolution ist völkerrechtlich nicht bindend und hat deshalb vor allem symbolische Wirkung. Darin wird «tiefes Bedauern» über «jüngste Entscheidungen im Hinblick auf den Status Jerusalems» ausgedrückt.

Kritik von Netanjahu

Wörtlich erwähnt wird Trumps umstrittene Entscheidung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, nicht. Zudem heisst es, dass der endgültige Status der Stadt durch Gespräche in Einklang mit einschlägigen UNO-Resolutionen verhandelt werden müsse. Den Versuch mehrerer Staaten, Trumps Schritt mit der Resolution im UNO-Sicherheitsrat rückgängig zu machen, hatten die USA am Dienstag mit ihrem Veto blockiert. Vor der Abstimmung über die Resolution hatte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Vereinten Nationen als «Haus der Lügen» bezeichnet. «Das Verhalten vieler Länder gegenüber Israel verändert sich ausserhalb der Mauern der UNO und wird schliesslich auch die UNO durchdringen - das Haus der Lügen», sagte Netanjahu am Donnerstag in der israelischen Hafenstadt Aschdod. Israel lehne die Abstimmung in der UNO-Vollversammlung ab. (SDA)

Syrien

Schweiz eröffnet humanitäres Büro in Damaskus

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hat vor drei Wochen ein humanitäres Büro in der syrischen Hauptstadt Damaskus eröffnet. «Jetzt haben wir endlich Augen und Ohren in Damaskus», sagte Manuel Bessler, Delegierter des Bundes für humanitäre Hilfe, gestern gegenüber «Heute Morgen» von Radio SRF. Es handle sich bei dem neuen Büro aber nicht um eine politische oder diplomatische Vertretung.

Mit dem Büro will die Schweiz eigene Hilfsprojekte in Syrien umsetzen, zum Beispiel will sie sich beim Aufbau von Spitälern engagieren. Bisher unterstützte das Land vor allem andere Hilfsorganisationen mit rund 60 Millionen Franken pro Jahr. Das neue humanitäre Büro ist das erste Büro eines europäischen Staats in Syrien, abgesehen von der Vertretung der EU. Das Büro operiert zunächst von einem Hotelzimmer aus. Der Bülroleiter will syrische Angestellte rekrutieren. Er kann nicht frei arbeiten. Die syrische Regierung entscheidet beispielsweise, ob er auch in Rebellengebiete reisen darf. Die Schweiz hat seit mehreren Jahren versucht, Garantien für die humanitäre Arbeit vor Ort zu erhalten. In die rund sechsmonatigen Verhandlungen war offenbar auch der Iran involviert. (SDA)

Zum Abschluss kam der Giftbecher

Niederlande Gestern schloss das UNO-Kriegsverbrechertribunal seine Arbeit ab. Sie endete nach 24 Jahren mit einem Drama.

VON SAMUEL SCHUMACHER

Gestern stellte das UNO-Kriegsverbrechertribunal (eigentlich: Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien) nach 24 Jahren seine Arbeit ein. Das Sondergericht wurde 1993 mit dem Ziel einberufen, die Verantwortlichen für die Verbrechen während des Jugoslawienkrieges zur Rechenschaft zu ziehen. Es war das erste internationale Sondergericht seit den Nürnberger Prozessen 1946: ein Erfolg der Weltgemeinschaft. Total wurden 160 Männer und eine Frau angeklagt, 84 davon verurteilt. Drei Viertel der Verurteilten waren Serben. Die Schweiz spielte bei den Prozessen eine nicht unwesentliche Rolle: Carla Del Ponte war von 1999 bis 2007 Chefanklägerin.

Die aufsehenerregendsten Prozesse:

Slobodan Milošević

Der ehemalige Präsident von Jugoslawien stand ab 2002 vor dem Gericht und musste sich unter anderem für die Vertreibung von



Milošević.

800 000 Kosovaren und den Mord an Tausenden Zivilpersonen verantwortlich. Insgesamt erhob das Gericht Anklage in 66 Punkten. Milošević verteidigte sich selber. Er bezeichnete die Anklage gegen ihn als «skrupellose Lüge und Verdrehung der Geschichte». Der Kriegsverbrecher verstarb im März 2006 kurz vor Abschluss seines Prozesses in seiner Den Haager Untersuchungszelle an Herzversagen.

Ratko Mladić

Der bosnisch-serbische Ex-General war einer der Hauptverantwortlichen des Massakers von Srebrenica, bei dem im Juli 1995 mehr als 8000 Zivilisten ermordet worden sind. Zudem spielte er eine zentrale Rolle bei der verheerenden Belagerung von Sarajevo. 1995 wurde Mladić wegen Völkermordes an den Bosniaken angeklagt. 15 Jahre lang entkam er seiner Verhaftung, bis er im Mai 2011 den Ermittlern in die Falle ging. Im November 2017 wurde er wegen Völkermordes und anderer Kriegsverbrechen zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt. Der holländische Richter sagte bei der Urteilsverkündung, Mladićs Verbrechen gehörten «zu den abscheulichsten, die die Menschheit je gesehen hat».



Mladić.

Radovan Karadžić

Der ehemalige Führer der bosnischen Serben wurde 1996 unter anderem wegen Völkermordes angeklagt. Karadžić tauchte unter und lebte bis im Juli 2008 unbehelligt in Belgrad, wo er unter falschem Namen als Alternativmediziner arbeitete. Vor dem Kriegsverbrechertribunal betonte er stets seine Unschuld und forderte das Gericht auf, ihm statt einer Strafe eine Auszeichnung für seine Bemühungen um den Frieden zu geben. Im März 2016 wurde Karadžić u.a. für seine Rolle beim Massaker von Srebrenica zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt.



Karadžić.

Ante Gotovina

Der Ex-General der kroatischen Armee stand zwischen 2005 und 2011 vor dem Kriegsverbrechertribunal und musste sich für seine Verbrechen verantworten. Unter anderem wurde ihm 37-facher Mord vorgeworfen. Gotovina wurde in erster Instanz zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt, in zweiter Instanz jedoch von allen Anklagepunkten freigesprochen. Der Entschied der Berufungsrichter in Den Haag



Gotovina.

fiel mit 3 zu 2 äusserst knapp aus. Dennoch wurde das Verfahren gegen ihn mangels Beweise eingestellt. Gotovina kehrte nach seinem Freispruch nach Kroatien zurück und betreibt heute in seiner Heimat eine Thunfischfarm. Die Serben sehen in dem Freispruch den grössten Skandal der Geschichte des Kriegsverbrechertribunals.

Slobodan Praljak

Der ehemalige General der bosnisch-kroatischen Armee war der letzte Angeklagte vor dem Kriegsverbrechertribunal. Sein Prozess endete am 29. November mit einem Schuldspruch u.a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Kurz nach der Verkündung des Urteils (20 Jahre Haft) ergriff Praljak das Wort: «Richter, ich bin kein Kriegsverbrecher. Mit Verachtung weise ich das Urteil zurück.» Dann griff er in seine Tasche, holte eine kleine Flasche mit Zyankali hervor und trank sie in einem Schluck. «Das ist Gift, das ich da getrunken habe», sagte der Kriegsverbrecher. Er starb gleichentags im Spital. Der letzte Prozess vor dem Kriegsverbrechertribunal endete mit einem für das Gericht peinlichen, für die Hinterbliebenen der Opfer höchst unbefriedigenden Vorfall.



Praljak.